

INDABA

Das SADOCC-Magazin für das Südliche Afrika

122/24

SÜDAFRIKA

Unsicherheit nach den Wahlen

AUSSENPOLITIK

Aus der Sicht Pretorias

NAMIBIA

Museumsobjekte werden Kulturbesitz



SADOCC

Das Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika in Wien setzt sich für eine solidarische Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik gegenüber den Ländern des Südlichen Afrika ein.

SADOCC

- » Dokumentation und Bibliothek in
1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1
(Öffnungszeiten auf Anfrage)
Tel. 01/505 44 84
Fax 01/505 44 84-7
www.sadocc.at
- » das quartalsweise erscheinende Magazin INDABA
- » monatliche Veranstaltungen: »Forum Südliches Afrika«
- » Stadtpaziergänge »Afrikanisches Wien«
- » Nelson Mandela-Tag jeden 18. Juli

Interessierte Einzelpersonen und Institutionen können SADOCC durch ihren Beitritt als unterstützende Mitglieder fördern. In der Mitgliedsgebühr von jährlich EUR 30,- (für Institutionen EUR 50,-) sind sämtliche Aussendungen und Einladungen enthalten.

Das Abonnement von INDABA kostet EUR 18,-.

Abos, Mitgliedsbeiträge und Spenden bitte auf unser Konto bei der BA-CA, IBAN AT57 1200 0006 1051 2006, BIC BKAUATWW.

18. Juli 2024
Internationaler
Nelson
Mandela
Tag

Leserbrief

zu INDABA 121/24: Südafrika versus Israel

Es freut mich, dass sich INDABA dieses Themas angenommen hat! Ich finde es großartig und auch sehr mutig von Südafrika, dass trotz zu erwartender wirtschaftlicher Einbußen ein so großer politischer Konsens in SA herrscht, um diesen wichtigen Schritt zu wagen.

Susanne Slattery (St. Peter in der Au)

Der Artikel war ein Lichtblick in unserer erbärmlichen Medienlandschaft in Sachen Gaza-Berichterstattung, insbesondere im ORF.

Franz Fluch (Wien)

Elfriede Pekny-Gesellschaft

Die *Elfriede Pekny-Gesellschaft zur Förderung von Southern African Studies* in Österreich (benannt nach der Ende 2004 verstorbenen SADOCC-Generalsekretärin) ist der wissenschaftliche Arm von SADOCC.

Letzte Buchveröffentlichungen: Begegnung Südliches Afrika – Arbeit und Leben global gedacht. Reader zum gleichnamigen Projekt (Segal Hussein), Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich (Bernhard Bouzek).

Wir ersuchen um Spenden – diese können laut Bescheid des zuständigen Finanzamtes von der Steuer abgesetzt werden.

**Kto. Nr. 507 860 22463, BLZ 12000,
IBAN AT21 1200 0507 8602 2463,
BIC BKAUATWW**

Leserbrief

zu INDABA 121/24: Zum Tod von Hage Geingob

Gegen Schluss schreibst Du im Zusammenhang mit den parteiinternen Wahlen der SWAPO von „Kampfabstimmungen zwischen verfeindeten Lagern“. Ich sehe das etwas anders. Eine Auswahl zu haben zwischen mehreren Kandidaten und dann korrekte Wahl nach demokratischen Regeln durchzuführen und das Ergebnis anzuerkennen ist für mich gelebte Demokratie. So etwas gibt es in unseren Ländern in jeder Partei. Ich erinnere mich an Hanno Rumpf, der 2004 die damalige Wahl zwischen drei Kandidaten für die Kandidatur zum Staatspräsidenten (Pohamba, Hamutenya und Angula) als eine in Namibia und wohl auch vielen anderen Ländern des südlichen Afrika kaum sonst anzutreffende innerparteiliche Demokratie hervorhob – sicherlich zu Recht. Wenn wie zuletzt gleich drei qualifizierte Personen sich beworben haben für den Partei-Vizepräsidentenposten und damit implizit die Kandidatur für das höchste Staatsamt, kann sich eine Partei (und auch ein Staat) glücklich schätzen. Dies mit dem im allgemeinen negativ konnotierten Begriff der Kampfabstimmung abzuwerten finde ich nicht passend. Und inzwischen ist ja auch erkennbar, dass der plötzliche Verlust von Geingob ausgezeichnet gemanagt wurde sowohl innerparteilich als auch verfassungsgemäß und politisch und beides sozusagen „aus dem Stand“ ohne jegliche Blaupause. Das müssen manche andere Länder erst einmal nachmachen.

Klaus A. Hess

Ehrenpräsident der Deutsch-Namibischen Gesellschaft

3 ANC abgestraft

Parlamentswahlen brachten Absturz,
unsichere politische Zukunft

Kurznachrichten 5



7 Interview Außenpolitik

Vizeminister Alwyn Botes zur südafrikanischen
Außenpolitik und den Beziehungen zu Österreich

14 Samoa Agreement

Neue Basis für Europas Kooperation mit dem Süden

Österreichs Militärdiplomatie in Afrika 16

17 Restituierter Kulturbesitz

Eine bemerkenswerte Ausstellung in Windhoek

Courtney-Clarke-Ausstellung in Linz 20

Festschrift Anti-Apartheid-Bewegung 22

IMPRESSUM: **Herausgeber und Medieninhaber (Verleger):** Dokumentations- und Kooperationszentrum Südliches Afrika (1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1). E-Mail: office@sadocc.at. URL: www.sadocc.at. **Druck:** Medienfabrik Wien. **Papier:** Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier. **Art Direction:** Sander Design (1060 Wien). **Layout:** Dechant Grafische Arbeiten. **Mitarbeiter/innen dieser Ausgabe:** Golda !Ha-Eiros, Stefan Brocza, Johannes Dafinger, Janina Hubmann, Maria Kirchner, Rapulane Molekane, Nikolaus Rottenberger, Manfred Sauer, Walter Sauer, Ndeenda Shivute-Nakapunda. **Fotos:** Golda !Ha-Eiros, Department of International Relations & Cooperation (Pretoria), OÖ Landes Kultur GmbH/Michael Maritsch, Maria Kirchner, Alois Pommer, Ndeenda Shivute-Nakapunda, Walter Sauer, www. **Redaktionsschluß dieser Ausgabe:** 10. Juni 2024. **Konto:** BACA, IBAN AT 571200 0006 1051 2006, BIC BAWAATWW. Dem **Beirat** von SADOCC gehören an: Reginald Austin, Harare/London; Johann Gattringer; Ingeborg Grau; Helmuth Hartmeyer; Peter Jankowitsch; Peter Katjavivi, Windhoek; Horst Kleinschmidt, Kapstadt; Adalbert Krims; Kirsten Rüther; Godwin Schuster.

Dies ist ein ungewöhnliches Heft – aus mehreren Gründen. Erstens: Die Parlamentswahlen in Südafrika haben zwar – wie vielfach prognostiziert – zum Verlust der absoluten Mehrheit des ANC geführt, wie es jedoch politisch weitergeht, ist weitgehend offen. Mit Glück konnten wir noch die konstituierende Parlamentssitzung verfolgen, in der die Wahl des Staatspräsidenten erfolgte. Die Regierungsbildung wird stattfinden, während dieses INDABA gedruckt wird.

**Indaba
heißt
Neuigkeit
oder
Gespräch**

In einem beeindruckenden Event hat SADOCC am 30. April gemeinsam mit und im Weltmuseum das dreißigjährige Jubiläum der ersten freien Wahlen in Südafrika gefeiert (Programm und Impressionen: www.sadocc.at/rueckblick-auf-die-veranstaltung-30-jahre-suedafrika-nelson-mandela-und-sein-vermaechtnis-am-30-april-2024/). Zum selben Anlaß organisierte die südafrikanische Botschaft gemeinsam mit dem Architekturzentrum Wien am 5. Juni eine bemerkenswerte Präsentation südafrikanischer Architekten, bei der u. a. der Entwurf für den Wiederaufbau des 2022 teilweise abgebrannten Parlamentsgebäudes in Kapstadt vorgestellt wurde. Die 1994 eingeläutete Ära ging 2024 zu Ende – wir werden weiter berichten.



Entwurf für das wiederaufgebaute Parlamentsgebäude in Kapstadt (Ntsika Architects)

Südafrikas politische Zukunft ungewiß

Schwere Niederlage des ANC

Der Verlust des regierenden African National Congress (ANC) bei den Wahlen am 29. Mai fiel deutlicher aus als erwartet, die von Korruptionsvorwürfen überschattete MK Party des früheren Präsidenten Zuma hingegen feierte einen Triumph. Wie stabil die sich abzeichnende „Regierung der nationalen Einheit 2.0“ sein wird, bleibt offen. Von Walter Sauer.

Ein Szenario á la Trumps „Sturm auf das Kapitol“ blieb Südafrika – zumindest vorerst – erspart, die Gefahr einer gewaltsamen Eskalation ist allerdings noch nicht gebannt. Die von Zuma-Getreuen gegründete *MK Party* spricht von Wahlbetrug und forderte erst von der *Independent Electoral Commission* (IEC), das Endresultat zurückzuhalten, und dann vom Parlament, seine konstituierende Sitzung am 14. Juni zu verschieben – ansonsten man sich „provoziert“ fühlen würde. Als beides abgelehnt wurde, boykottierten ihre Abgeordneten die Sitzung. Allgemein wird gehofft, daß Zumas militanter Rhetorik nicht wiederum ein Gewaltausbruch folgt, wie Anfang 2021 (INDABA 111/21).

Trotz etlicher Probleme, die auf zu geringe Ressourcen der IEC zurückgingen, wurden die Wahlen zur National Assembly, der ersten Kammer des Parlaments, und zu den Provinzparlamenten von der Kommission und Wahlbeobachtern für „frei und fair“ erklärt. Südafrikas bisheriger Präsident Ramaphosa und der ANC erkannten dies umgehend an; das Volk hätte der Partei eine Lektion erteilt, die es nun

zu beherzigen gelte. In der Tat zeigen die Ergebnisse deutliche Verschiebungen im politischen Kräfteverhältnis sowie eine hohe Wahlapathie an. Trotz einer hohen Rate von Registrierungen war die Wahlbeteiligung letztlich die niedrigste seit 1994. Von 27,7 Mio. Registrierten gingen nur ca. 16 Mio. zu den Urnen. Angesichts dessen, daß sich etwa 13 Mio. Wahlberechtigte gar nicht erst registriert hatten, erzielte die „Partei der Nichtwähler“ somit den größten Erfolg.

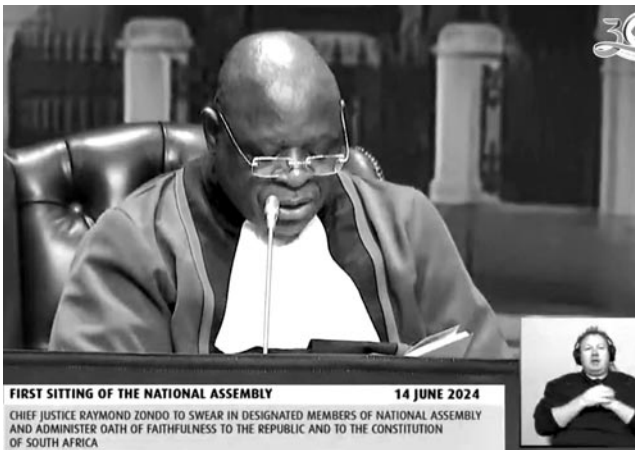
geht man von den abgegebenen gültigen Stimmen für die National Assembly aus, so erzielte der ANC mit 6,4 Mio. Stimmen 40,2 Prozent bzw. 159 von 400 Mandaten. Dies macht die bisherige Regierungspartei zwar immer noch zur stimmenstärksten politischen Kraft, bedeutet gegenüber den letzten Wahlen 2019 jedoch einen herben Verlust von mehr als 17 Prozentpunkten bzw. 71 Man-



Impression von der ersten Sitzung der National Assembly im Cape Town International Convention Centre

daten. Weder der Umstand, daß die Elektrizitätskrise (*load shedding*) schön langsam überwunden scheint – keine Stromabschaltungen in den letzten zwei Monaten – noch die Inkraftsetzung einer verbesserten Gesundheitsversicherung kurz vor den Wahlen holten enttäuschte ANC-Unterstützer/innen zurück.

Auf dem zweiten Platz landete die *Democratic Alliance*, schon bisher Südafrikas „official opposition“, mit 3,5 Mio. Wähler/innen (ein Plus von einem Prozent) und 87 Sitzen (plus



FIRST SITTING OF THE NATIONAL ASSEMBLY 14 JUNE 2024
CHIEF JUSTICE RAYMOND ZONDO TO SWEAR IN DESIGNATED MEMBERS OF NATIONAL ASSEMBLY AND ADMINISTER OATH OF FAITHFULNESS TO THE REPUBLIC AND TO THE CONSTITUTION OF SOUTH AFRICA

Chief Justice Raymond Zondo

drei). Offenbar gelang der DA ein Einbruch ins Wählerreservoir der rechts-extremen *Freedom Front Plus*, aber auch die Rückgewinnung von (weißen) Ramaphosa-Unterstützern des Jahres 2019. Als Drittgereihte folgt überraschend die neugegründete *uMkhonto we Sizwe* (vulgo MK) *Party* mit 2,4 Mio. Stimmen und knapp 14,6 Prozent bzw. 58 Abgeordneten auf Anhieb. Ein so hohes Ergebnis war von keiner Umfrage erwartet worden. Auf den vierten Platz abgedrängt wurden dadurch die *Economic Freedom Fighters* (EFF) mit 1,5 Mio. Stimmen (9,5 %) und 39 Sitzen (minus 5). Leicht verbessern konnte sich schließlich die *Inkatha Freedom Party* (IFP), die von 618.000 Südafrikaner/inne/n gewählt wurde (3,58 %) und damit 17 Mandate erzielte (plus drei). An sechster Stelle findet sich die bisher nicht in der National Assembly vertretene *Patriotic Alliance* (PA), eine nationalistische *coloured*-Partei mit Schwerpunkt im ländlichen Western Cape, der mit zwei Prozent der Stimmen neun Abgeordnetensitze zufielen.

Das Ergebnis ist in mehrerer Hinsicht bemerkenswert. Erstens war dem ANC im Vorfeld zwar ein deutlicher Rückschlag vorausgesagt

worden, nur von den schlechtesten Wahlprognosen jedoch ein derartiger Absturz. Dies hängt mit dem spektakulären Abschneiden der MK Party v. a. in KwaZulu-Natal zusammen (fast 46 %), doch gelang der Regierungspartei auch die Mobilisierung der eigenen Kernschichten nur zum Teil. Dessenungeachtet ist ein Stimmenanteil von etwas über 40 Prozent ein

Wert, von dem europäische Parteien nur träumen können – die Zustimmung zur ehemaligen Befreiungsbewegung und Partei Nelson Mandelas ist somit immer noch relativ hoch. Zweitens blieb der im August 2023 geschlossene sog. Moonshot Pact der Opposition (INDABA 119/23) hinter seinen eigenen Erwartungen zurück: Mit nur 119 Mandaten rückte die Perspektive einer Regierung unter Ausschluß des ANC in weite Ferne. Wie Songezo Zibi, der Gründer von *Rise Mzansi* (2 Mandate), den Medien verriet, spielten finanzielle Zuwendungen der DA bei der Gründung dieses nun gegenstandslosen Bündnisses eine wichtige Rolle.

Drittens konnte *uMkhonto we Sizwe* – die im Umkreis des ehemaligen Präsidenten Jacob Zuma gegründete, mittlerweile schon skandalumwitterte Partei – mit „revolutionärer“ Rhetorik, Zulu-Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit punkten. Dies kostete nicht nur der IFP und den bisher drittgereihten EFF Stimmen, sondern vor allem dem ANC. Einer Analyse von Dawie Scholtz zufolge verlor der ANC in mehrheitlich schwarzen Voting Districts zwanzig Prozent der Stimmen im Vergleich zu 2019 (blieb aber mit 53 % immer noch weit über

dem nationalen Durchschnitt), während die MKP um genau diesen Anteil zunahm. Daß gerade jene Kreise, die für das „verlorene“ Jahrzehnt Südafrikas verantwortlich zeichnen, einen derartigen Wahlerfolg feiern können, zeigt die Absurdität der Situation.

Viertens: Die vom Verfassungsgericht veranlaßte Wahlrechtsreform von 2023, die eigentlich mehr direkte Beteiligung am parlamentarischen Geschehen ermöglichen sollte, hat zu einer extremen Zersplitterung des politischen Spektrums geführt. Von den mehr als fünfzig kandidierenden Parteien schafften es immerhin 18 ins Parlament, acht davon mit nur einem oder zwei Mandaten. Vier von ihnen sind Neugründungen, darunter *Build One South Africa* (BOSA) des ehemaligen DA-Vorsitzenden Mmusi Maimane und das mit viel Vorschußlorbeeren bedachte *Rise Mzansi*. Kein einziger unabhängiger Kandidat schaffte den Sprung in die National Assembly, nicht einmal der seinerzeitige HIV-Aids-Aktivist Zackie Achmat.

Was bedeutet dies nun für die Zukunft? Von der Verfassung vorgegeben war die Abhaltung der konstituierenden Sitzung der Nationalversammlung binnen zwei Wochen nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses. Diese wurde von Chief Justice Raymond Zondo für den 14. Juni angesetzt. Dabei sollten nicht nur die Abgeordneten vereidigt, sondern auch Speaker und Deputy Speaker der National Assembly gewählt werden. War dies angesichts der überwältigenden ANC-Mehrheit in früheren Jahren Formsache gewesen, so 2024 eine politisch schwierige Übung, die in Wirklichkeit bereits einen Konsens über zumindest parlamentarische Zusammenarbeit voraussetzte. Vor allem zwei politische Optionen des ANC

wurden im Vorfeld erörtert: ein *Government of National Unity* unter Einschluß der Democratic Alliance u. a. Parteien oder eine sog. „schwarze“ Koalition von MK Party, EFF und womöglich Inkatha. Erstere Möglichkeit bietet wahrscheinlich eine stabilere Basis, wurde von Teilen des ANC und den Gewerkschaften aber abgelehnt, weil die neoliberale DA Zugeständnisse im sozialen und Bildungsbereich fordert. In der zweiten Variante wäre die inhaltliche Schnittmenge bei manchen Themen vielleicht größer, doch werden die Rückkehr Zumas als „graue Eminenz“ sowie ein Rückfall in die kleptokratischen Zeiten von *state capture* befürchtet.

Letzte Meldung: Offenbar auf Basis einer Koalitionsvereinbarung zwischen ANC und DA wurden am Nachmittag des 14. Juni Thoko Didiza (ANC) zur Präsidentin (Speaker) der Nationalversammlung gewählt, Annelie Lortriet (DA) zur Stellvertreterin, beide mit überwältigender Mehrheit. Als neuen Staatspräsidenten schlugen der ANC und Inkatha (!) beide den bisherigen Amtsinhaber Cyril Ramaphosa vor. Die Wahl (Gegenkandidat: Julius Malema/EFF) ging mit 283 gegen 44 Stimmen zu dessen Gunsten aus. An der zu bildenden Regierung sollen neben ANC und DA noch Inkatha und die Patriotic Alliance beteiligt sein. Abzusehen ist, daß die nicht berücksichtigten Kleinparteien (wie z. B. das United Democratic Movement von Bantu Holomisa) zusammen mit der MK Party und den EFF einen aggressiven Oppositionsblock bilden werden.

... spektrum ...

Dürre im Südlichen Afrika. Nachdem im März Zambia und Malawi einen nationalen Katastrophen- und Notstand ausriefen, folgte Anfang April auch Zimbabwe. Präsident Emmerson Mnangagwa zufolge sind mehr als 80 % des Landes von „unterdurchschnittlichen Regenfällen“ betroffen. Auch in Teilen von Angola waren nur geringe Niederschläge zu verzeichnen, für Windhoek, die Hauptstadt Namibias, wird für August Wassermangel prognostiziert. Eine Ursache für die Dürre ist das wiederkehrende Wetterphänomen El Niño, welches das Wetter weltweit beeinflusst. Wissenschaftler/innen sind jedoch der Meinung, daß der Klimawandel die El Niños stärker und ihre Auswirkungen extremer werden läßt. Bereits der El Niño 2015-2016 brachte der Region die schlimmste Dürre seit 35 Jahren.

In Zambia sind mehr als 6 Millionen Menschen – 30 % der Bevölkerung – mit akuter Nahrungsmittelknappheit und Unterernährung konfrontiert; von den Behörden werden Lebensmittel aus gut versorgten Gebieten in die Krisenregion umverteilt. Auch die Stromerzeugung ist gefährdet. Zambia, das einen Großteil seines Elektrizitätsbedarfs aus Wasserkraft bezieht, rechnet für 2024 mit einem Defizit von rund 430 bis 520 Megawatt. Grund dafür ist der sinkende Wasserstand im Kariba-Stausee, den es sich mit seinem Nachbarn Zimbabwe teilt. Derzeit sind die rund 20 Millionen Einwohner/innen Zambias von stundenlangen Stromabschaltungen konfrontiert, um einen Zusammenbruch des Netzes zu verhindern.

In Malawi ergab eine vorläufige Einschätzung der Regierung, daß etwa 44 % der Maiseinnte im Land ausgefallen und zwei Millionen Haushalte direkt betroffen sind. Malawi wurde in den letzten Jahren wiederholt von Wetterextremen

heimgesucht. Anfang 2022 trugen tropische Stürme und Überschwemmungen zum schlimmsten Ausbruch der Cholera seit jeher bei, mehr als 1.200 Menschen starben (INDABA 121/24).

Umstrittenes Tourismusprojekt in Tanzania. Mit sofortiger Wirkung stoppte die sog. Weltbank am 18. April 2024 ihre Zahlungen an das kontroverse REGROW-Projekt im Süden von Festland-Tanzania. Das 150 Mio. US-\$ schwere Vorhaben, an dem seit 2017 gearbeitet wurde, beabsichtigt die touristische Erschließung eines Gebiets nahe dem Ruaha National Park (RUNAPA). Dafür sollen etwa 21.000 Menschen abgesiedelt werden. In einem Bericht von 2023 dokumentierte das kalifornische *Oakland Institute* zahlreiche gewaltsame Übergriffe – darunter Morde durch Game Rangers – sowie Beschlagnahme von Viehbeständen seitens der *Tanzania National Parks Authority* (TANAPA), um die betroffene Bevölkerung zum „freiwilligen“ Verlassen des Landes zu bewegen.

Im Oktober 2023 kündigte die Regierung in Dodoma tatsächlich an, die Grenzen des Parks um 21 nahegelegene Dörfer im Mbarali District zu erweitern. Diese wären danach innerhalb des Nationalparks gelegen und würden abgesiedelt werden. Die betroffenen Bewohner/innen hatten keine Möglichkeit, Einspruch zu erheben, und es wurde ihnen kein Grund und Boden als Alternative in Aussicht gestellt. Seitens der Weltbank, die TANAPA bereits mit 100 Mio. US-\$ subventioniert hatte, wurde die Entwicklung zunächst ignoriert. Medienberichte und Proteste von NGOs haben offenbar nun doch ein Umdenken bewirkt. Es wurde eine Untersuchung der Situation eingeleitet, die Mitte 2024 abgeschlossen sein soll, und die Zahlungen an die Parkbehörde wurden – zumindest vorerst – auf's Eis gelegt.

South Africa's Foreign Policy

*Interview with Deputy Minister for International Relations and Cooperation, Mr Alvin Botes**

Hon. Deputy Minister, Minister Naledi Pandor recently met with the Austrian Minister of European and International Relations. How do you assess the state of bilateral relations between South Africa and Austria?

It is pleasing to note that bilateral relations between South Africa and Austria are on an upward trajectory and positioned for further expansion. Undoubtedly, the working visit by Austrian Federal Minister for Foreign Affairs, Mr Alexander Schallenberg to South Africa on 5-6 December 2023, attests to the substantial nature, diversity, and vibrancy of the burgeoning bilateral relations between our two countries, underpinned by a substantial technical programme of work at officials and experts' levels.

The South Africa-Austria Bilateral Consultations mechanism comprises four Working Groups at technical/officials' level, namely trade and investment; higher education, science, and innovation; energy and environment; and arts and culture. The Working Groups are serving as an effective instrument to manage the development and implementation of technical cooperation between relevant ministries and departments. The areas of focus are reflective of the specific areas where Austria and South Africa possesses world class capacity and expertise, which are being leveraged to the benefit of our two nations.

We are confident that the pending state visit to South Africa by Austrian

Federal President, Mr Alexander Van der Bellen, in the second half of 2024, will further elevate South Africa – Austria relations to a more strategic and robust level. In this regard, we anticipate that the visit will lay the foundation for more targeted investments in niche areas of the South African economy. A specific focus of the visit will be on supporting South Africa's Just Energy Transition, energy security and developing our hydrogen economy.

The visit also presents an opportunity for us to engage at high political level on Austria's New Africa Strategy, with a view to influencing its focus and synergy with priorities and programmes identified within the African Union Agenda 2063: The Africa We Want and the AU-EU partnership. The presence of a sizable Austrian community in South Africa has contributed to the establishment of strong people-to-people relations and connections across a range of areas and sectors.

We are currently witnessing an upsurge in tourism numbers from Austria to South Africa. We are confident that the year 2024 will surpass the highs of 2019, when close to 40,000 Austrians visited South Africa, prior to the outbreak of the Covid-pandemic. Notably, trade and investment are key constructs of our bilateral relations. Almost a quarter of Austria's exports to Africa is destined for the South African market, with 30% of all imports from Africa to Austria originating from South Africa. In the period January-December 2023, bilateral trade be-



Deputy Minister Alvin Botes

tween South Africa and Austria amounted to Euro 1479.2 million, showing an increase of 3.3% over the same period in 2022, a significant marker of our expanding trade relationship. Similarly, we are positioned as Austria's main investment partner on the African continent, with 86 Austrian companies with an investment presence in South Africa. Collectively, these investments have and continue to make an invaluable contribution to job creation and skills and technology transfer in South Africa. Austrian total direct investments in South Africa in 2023 amounted to Euro 570 million. We see scope for expanded trade and investment cooperation and believe that the operationalisation of the African Continental Free Trade Area (AfCFTA), offers valuable opportunities for Austrian companies to partner with South African counterparts to enable greater access for Austrian com-

panies into African markets. With Austria due to host the next meeting of the Bilateral Consultations in Vienna, hopefully in the latter half of 2024, we are intent on strengthening this important bilateral mechanism as an instrument to manage our growing and expanding programme of work.

The Austrian Minister inaugurated an Austrian Cultural Forum in Pretoria. How could, in your view, cultural, scientific, music etc. be further developed. What could be important topics to focus on?

The official opening of the Austrian Cultural Forum at the Austrian Embassy will undoubtedly serve to further strengthen cultural cooperation between our two countries at the institutional levels, and the Austrian Government is to be commended for its visible commitment to this key objective. Moreover, the signing on 6 December 2023, of the Memorandum of Understanding (MoU) on Cooperation in the Field of Arts and Cultural Cooperation between the Governments of Austria and South Africa, signals an important achievement. Significantly, it has established a framework for intensified cooperation in the areas of contemporary arts, visual arts, music, literature, film, theatre, dance, performance, photography, architecture and design, cultural heritage, archives, libraries, and museums, where South Africa can benefit favourably from Austria's location and positioning as a global cultural centre of excellence and best practice. Within the scope of the MoU, the South African Department of Arts and Culture, together with the Austrian Federal Ministry for Arts and Culture, is presently engaged in preparations for a visit by an experts' group from South

Africa, as a first step in the operationalisation of the MoU. We are confident that such experts' exchanges will lead to direct institutional connections and linkages between South African and Austrian cultural institutions. Notably, the MoU also provides for the establishment of artists-in-residence programmes. We are also focused on developing strong partnerships in other areas of priority for both countries. Austria has presented itself as a key partner in efforts to support the strengthening of South Africa's research, science, and innovation capacity. Equally, we welcome the efforts underway to conclude a MoU on Vocational Skills Training between the South African Department of Higher Education and Training and the Austrian Federal Ministry for Economy and Labour. We are, furthermore, engaged in pursuing opportunities for collaboration with Austrian companies and research entities within the context of South Africa's Just Energy Programme, which offers a framework for collaboration and partnership with Austria in the pivotal areas of climate change transition and mitigation, as well as the adoption of clean and renewable energy technologies. Austria is an EU leader in hydrogen, and we are working towards the establishment of a framework of cooperation to support the development of South Africa's hydrogen economy.

Austria is a global leader in rural tourism development and funding for SMEs, with the Austrian Federal Ministry for Tourism offering to host South African provincial tourism promotion agencies to information-sharing and experts' platforms on best practices and technical cooperation, also on vocational and apprenticeship training in the tourism sector. These efforts have led to the establishment of tech-

nical cooperation between Austrian National Tourist Office and South African Tourism. Justice cooperation is a new area of cooperation between Austria and South Africa, with a specific focus on digitalisation of the justice system processes and legal aid. Austria is a world leader in digitalisation of the justice system and South Africa, in legal aid, providing a basis for technical cooperation in these areas.

An obvious area of disagreement is the issue of Israel/Palestine. Can you please briefly describe South Africa's general position in this regard?

South Africa supports and will continue to support all efforts aimed at the establishment of a viable Palestinian state, existing side by side in peace with Israel within internationally recognised borders, based on those existing on 4 June 1967, prior to the outbreak of the Arab Israeli war, with East Jerusalem as its capital.

Since its establishment in 1912, the African National Congress (ANC) has espoused the philosophy that the resolution of all conflicts is best solved through peaceful and inclusive negotiated processes. This belief has been vindicated repeatedly at the international level and in multilateral fora. The South African Government has embraced this position and advocates for its utility. Negotiation for peace and development represents the centrepiece of South Africa's historical political democracy narrative, serving as an enduring example of what can be achieved through peaceful political engagement and dialogue, even in the face of seemingly insurmountable obstacles. As such, it is our firm belief that the Israel-Palestine conflict will only be resolved through inclusive

political dialogue and honest mediation. The continued illegal settlement activity in the Occupied Territories remains one of the main obstacles for peace. If this is not urgently addressed, peace and security, and the two-state solution will not be achieved. The revival of direct negotiations and peace talks is urgent. However, without direct dialogue between all parties involved, peace initiatives or processes will continue to fail. At minimum, there is a need to establish some semblance of trust and goodwill for negotiations to resume and to build on and implement previous agreements and United Nations resolutions.

South Africa will continue to encourage all-inclusive dialogue as the only means to resolving this long-standing conflict and suffering in the Middle East. While having downgraded our diplomatic presence in Tel Aviv from a fully-fledged diplomatic mission to a representative office, our limited diplomatic presence in Tel Aviv allows us to contribute to ongoing international efforts to bring an end to the illegal occupation of Palestine. South Africa will continue its engagement of the Israeli Government to encourage this government to commit to genuine and inclusive dialogue with all Palestinian People and the Authority. We strongly condemn the illegal occupation of Palestinian land, the expansion of illegal settlements and the unconscionable human rights violations, killings and maiming of innocent civilians in Gaza, perpetrated by the Israeli military forces. We are horrified by the deliberate acts of starvation and enslavement enacted upon Palestinians in the Gaza Strip, in flagrant violation of international humanitarian law and the Geneva Conventions, resulting in a devastating humanitarian crisis. Hence South Af-

rica's case against Israel at the International Court of Justice (ICJ).

Why has South Africa decided to take the Gaza issue to the International Court of Justice (ICJ), despite the likely economic backlash by international investors? What is your expected scenario in case the ICJ's ruling is in South Africa's favour?

Despite criticism from the Global North, South Africa's action at the ICJ is consistent with our foreign policy position on Palestine since 1994, in which we have demonstrated diplomatic support at multilateral, regional and bilateral levels, acting as both a catalyst and amplifier for the Palestinian cause. To this end, we have played a supporting role in peace efforts by sharing our negotiated transitional experience, including through capacity-building and facilitation of inter-Palestinian dialogue, the appointment of Presidential Special Envoys and support of African Union (AU), and other international initiatives.

In essence, South Africa's case against Israel at the ICJ is both a moral imperative and a result of our own history of violent oppression, dehumanising discrimination, disenfranchisement, and dislocation, framed in anti-apartheid and colonial contexts. South Africa will never forget that our liberation was achieved in part because of the solidarity of the international community that were committed to fight the racist apartheid regime. The mandate for international peace and security resorts with the United Nations Security Council (UNSC).

However, the stark reality is that vested interests and the veto power of the Permanent Five (P-5) and the pro-Israel bias of the United States

and its European allies has repeatedly blocked any effort to pressure the Israeli Government to end its bombardment of Gaza, implement a comprehensive ceasefire, and fully open all humanitarian corridors to ensure that critical aid and basic services reach those in need.

The bombardment and indiscriminate killing and maiming of innocent civilians, in combination with the massive scale of the human rights abuses against Palestinian civilians and the deepening humanitarian crisis in the Gaza Strip, compelled South Africa's decision to file its application at the ICJ. As a legal matter, it is our alleged contention that Israel is violating its obligations under the 1948 Convention Against Genocide. We welcome the 26 January 2024 interim ruling of ICJ, ordering Israel to implement measures to prevent acts of genocide, as it wages war against the Hamas group in the Gaza Strip. While ruling in favour of our specific requests, we regret that the measures pronounced by the Court fell short of ordering an immediate ceasefire aimed at halting Israeli military action in Gaza. Our concerns in the latter regard have been vindicated, with Israel continuing its indiscriminate military actions in Gaza unabated, with a rising toll in Palestinian civilian casualties.

We believe that the process we have initiated at the ICJ, while not delivering a ceasefire and a halt to hostilities, has contributed to awakening international debate on the existential nature of the Israel-Palestine crisis. Significantly, it has served to place a global focus on the illegal actions of the Israeli Government and on the human rights atrocities perpetrated by the Israeli armed forces on civilians, in violation of its international human rights and international law obligations

and all relevant United Nations resolutions. South Africa welcomes the adoption of Resolution 2728 (2024) by the United Nations Security Council (UNSC) on 25 March 2024, demanding an immediate ceasefire in the Gaza Strip for the Holy Month of Ramadan. We however regret that this resolution also falls short of calling for an interim ceasefire, as a precursor for a lasting and sustainable ceasefire. It is now the responsibility of the UNSC to ensure that there is compliance with the resolution, which is binding on the parties.

We are hopeful that these positive developments, and our ongoing case at the ICJ, which is garnering increasing traction and support from a growing cohort of countries from both the Global South and Global North, will intensify international pressure on Israel to end hostilities in the Gaza Strip, and re-engage in inclusive dialogue with all the Palestinian Formations and Authorities to find a path to ending the conflict.

There is a moral imperative for the global community to support meaningful dialogue towards a lasting peace, and a sustainable resolution to the conflict. Despite the ongoing paralysis of the UNSC to advance the achievement of peace in the conflict in the Middle East, we strongly reiterate our contention that the United Nations remains the only viable mechanism through which the global community can strive for peace, security and common development.

South Africa strongly supports international arms control/reduction and in particular the nuclear weapons ban. But there is seemingly little progress made. Do you see any possibilities to move forward?

South Africa believes that arms control and arms reduction where possible, is an important contribution to international peace and security which is necessary for States to pursue their socio-economic objectives while respecting their right to be able to defend themselves collectively and individually. In fact, the United Nations Charter, in its Preamble, holds that “we the peoples of the United Nations are determined to safe succeeding generations from the scourge of war, which twice in our lifetime has brought untold sorrow to mankind”.

To achieve this, the Preamble resolves to inter alia to unite our strength to maintain international peace and security and to ensure that armed force shall not be used, save in the common interest and to employ international machinery for the promotion of the economic and social advancement of all peoples. The Charter even encourages the establishment of a system for the regulation of armaments to promote the establishment and maintenance of international peace and security with the least diversion for armaments of the world's human and economic resources.

The African Union draws a similar link between the pursuit of peace and security and creating an environment conducive for its socio-economic developmental objectives. Along with objectives such a “prosperous Africa based on inclusive growth and sustainable development”, the Continent's developmental blueprint, the Agenda 2063 includes the aspiration of developing “mechanisms for peaceful prevention and resolution of conflicts functional at all levels and as a first step, dialogue-centred conflict prevention and resolution will be actively promoted in such a way that by 2020 all guns will be silent”.

The United Nations established the so-called disarmament machinery which we believe forms an essential part to achieve the world envisaged in the Charter of the United Nations, especially in the current global environment. It is true that currently seemingly little progress is being made by the disarmament machinery to produce substantive outcomes which are equal to the challenges currently faced in the international arena.

However, it is important to bear in mind that the issue of arms control or reduction directly affect States' national interests, and this demands careful and inclusive processes of finding meaningful consensus, or even agreement, beyond the lowest common denominators. For South Africa, it is therefore not an insignificant contribution to international peace and security that the disarmament machinery maintains regular and structured dialogue between all States, especially during challenging geopolitical circumstances and against the backdrop of rapid technological development in relevant areas. It is from such deliberations that the common ground progressively emerges on which to build the international norms, political commitments and confidence building measures that often matures into binding international legal instruments.

In the case of nuclear weapons, the Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons (NPT) is widely accepted as the cornerstone of nuclear disarmament, non-proliferation and the peaceful uses of nuclear energy. However, the last time the NPT community managed to adopt any substantive outcomes was in 2010 and throughout its existence made only a very modest contribution to the elimination of these weapons. Against this back-

drop, the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (TPNW) is good example of States, including South Africa and Austria, sharing a common interest in avoiding the humanitarian consequences of nuclear weapons, cooperating in a treaty in parallel to the traditional disarmament machinery. I recall that the last time I had an opportunity to engage with SADOCC this was following Austria's successful hosting of the 1st Conference of State Parties of the TPNW in 2022 (INDABA 115/22). South Africa remains committed to this instrument as we believe that the TPNW successfully established a powerful norm against nuclear weapons despite the staunch opposition by the Nuclear Weapons States and the so-called umbrella States. In the conventional area, the Arms Trade Treaty followed a similar evolution. Despite the shortcoming of the processes parallel to the disarmament machinery, these creative avenues have created space to give effect to the aspirations of a majority of States long frustrated elsewhere in the procedurally and often politically deadlocked disarmament machinery. The machinery was established by a Special Session on Disarmament of General Assembly in 1978 and we do believe that it is time for the international community to holistically revisit and revitalise the disarmament machinery to meet the demands and opportunities of this millennium.

BRICS (or the new BRICS) as a factor in international politics – how could they contribute towards transforming relations between the Global North and the Global South?

True to its origins and founding principles, a key construct of BRICS

has been to give voice to the developmental objectives and aspirations of the Global South, underpinned by the core principles of multipolarity, cooperation and inclusive multilateralism, as a counter to an increasing unipolar world order.

South Africa's hosting and chairing of the 15th BRICS Summit in Johannesburg on 24 August 2023, under the theme "BRICS and Africa: Partnership for Mutually Accelerated Growth, Sustainable Development, and Inclusive Multilateralism", culminating in the expansion of the configuration to include five new members (Egypt, Ethiopia, Iran, Saudi Arabia, United Arab Emirates), represents a seminal moment in our common quest for BRICS+ to provide global leadership in a world fractured by competition, geopolitical tension, inequality, and deteriorating global peace and security.

It is important to understand that the underlying construct of BRICS+ is not intended as an adversarial configuration to the Global North, but rather an intent to serve as a bridge-builder between the Global South and North. It can be said that both the core members and the five new members who have joined BRICS are all influential actors in their respective regions, as well as in the broader multilateral system of global governance, with established and important relations with the West, even at the strategic level, straddling political, economic and security interests.

The potential of BRICS+ to play a constructive role as an active agent for progressive change has been recognised, with 30 other countries applying for membership. Arguably, BRICS+ is positioned to play an increasingly influential role in advancing

the agenda of the Global South by providing a platform for addressing global challenges. Primary among these are the imperatives for global political and economic policy reform, and democratisation of global governance structures such as the UNSC, Bretton Woods Institutions and others, to reflect a transformed global geo-political and economic governance system. The structural inequalities as evidenced by lack of reform of the international trade and financial architecture, most notably the WTO, IMF and World Bank and its negative impact on developing countries, compelled us to establish an influential grouping such as BRICS+ as a counterweight and alternative voice to the historical political, economic, and financial dominance of the Global North of global and multilateral institutions and organisations.

Moreover, alternative formations such as the BRICS+ has been informed by the imperative to focus global efforts on the Sustainable Development Agenda, towards influencing favourable development outcomes. It has also focused on support for the stabilisation of the world economy through the establishment of global partnerships towards eradicating poverty and bringing about a more equitable and rules based global economic system. One of the objectives of BRICS+ is to become more independent of Western financial and capital markets, through the creation of new payment flows and funds by meaningfully facilitating higher levels of intra-BRICS trade and payments in own currencies, and a stronger capitalisation of the New Development Bank as a funding vehicle of choice for the developing world.

An important outcome of the 2023

Summit in Johannesburg, focused on the prospects for the use of local currencies, alternative financial arrangements, and payments systems for trade among members to reduce dependency on the US Dollar. Lowering exposure to the US Dollar is a practical consideration to negate the weaponisation of the dollar through economic sanctions and the exclusion of the SWIFT system of international payments. In tandem with efforts to support infrastructure development of developing nations, these efforts should be seen as complementary to the role of the BRICS New Development Bank (NDB) in providing developing nations with access to alternative development funding in support of development and infrastructure programmes, without the conditionalities associated with World Bank and International Monetary Fund (IMF) funding. Undoubtedly, the New Development Bank is by far the most powerful, single institution conceived by emerging economies for the sole benefit of their own development and prosperity.

The BRICS New Development Bank's focus on infrastructure projects and sustainable development, as well as its ethos of inclusivity, equality, and cooperative ownership, stands in stark contrast to its Western peers. Most notably, it represents a new model of multilateral financing for developing nations, one which frees them from the onerous requirements imposed by current market incumbents and enables them to achieve greater economic influence in the world. The integration of new members with strong economic balance sheets will further capacitate the New Development Bank to offer terms that can position it as the first-choice

lender for much of the developing world. Undoubtedly, the BRICS+ represents a significant majority of the world's territory, population, and economy. We bring together continents, cultures, societies, and civilisations. There is little doubt as to the relevance and utility of the BRICS+ configuration, representing close to 50% of the world's population, 30% of global trade, attracting 53% of foreign capital, and accounting for 37% of global GDP. It also generates 61% of economic growth in the world economy and has an estimated 7 trillion US dollars foreign reserves base.

As a preeminent voice for developing nations, BRICS+ will be tasked with navigating an increasing complex world, facing unprecedented challenges. Moreover, BRICS+ will be called upon to play a progressive and transformative role in advancing the 2030 Agenda for Sustainable Development, through the implementation of its Plan of action adopted by the Heads of State and Government at the United Nations General Assembly in 2015. A key priority will be to build and strengthen partnerships with the Global North and hold western countries to account for their international obligations and unmet commitments to developing nations.

We recognise that eradicating poverty in all its forms and dimensions, including extreme poverty, remains the greatest global challenge and an indispensable requirement for sustainable development. We are determined to take the bold and transformative steps which are urgently needed to shift the world into a more sustainable and resilient path. As we embark on this collective journey, it is a core pledge by BRICS+ that no one will be left behind.

SADOCC is the successor organisation of the former Anti-Apartheid Movement in Austria and understands itself in the tradition of anti-colonial and anti-imperialist solidarity. What role can or should, in your view, international solidarity with present-day South Africa play? How, if so, does South Africa link up with solidarity organisations abroad?

This is a pertinent and relevant question. We are living in unprecedented times, where the world is bearing witness to momentous developments and seismic geo-political shifts and a growing number of existential threats. Foremost among these is the manifestation of conflict and war across all regions of the world, posing a risk to international peace security and sustainable development, climate change and environmental degradation, the systemic erosion of human rights and people-centred development, rising levels of global poverty, inequality, and underdevelopment, to name but a few.

We are also witnessing the erosion of international solidarity in the face of rising populism, protectionism, and the securitisation of foreign policy, particularly in the West.

We are seeing this script play out in the current political landscapes in the United States and Europe. As example, the political situations in Austria, as well as in the broader Central, Eastern Europe and European Union (EU) contexts, to a greater degree serve as a mirror of the growing contestation and fragmentation within EU ranks between pro-EU political forces and parties/leaders that are challenging the bloc's liberal, multicultural values in an environment of runaway inflation immigration and asylum policy

differences. The upcoming European Parliamentary elections in June 2024 are certain to highlight the growing fissures and polarisation more starkly on a multitude of issues, among them widening differences on migration, immigration, the Russia-Ukraine war, the deepening Israel-Palestine crisis, and climate change policy.

It is important to note that populist Eurosceptic parties are projected to post big gains in the 2024 June European elections that could shift the parliament's balance sharply to the right, thereby jeopardising key pillars of the EU's agenda. This could potentially impact on the future complexion and nature of EU politics, where a shift to populism will impact negatively on the resolve of the West to honour its unmet international obligations and commitments to the developing world. Undoubtedly, the current global landscape will increasingly test the resolve and resilience of the global multilateral architecture to guard against the erosion of the fundamental tenets and principles of international rule of law and of a fair, just, and equitable global system of governance.

This reality highlights the relevance more than ever of the need for strong and international solidarity movements in all parts and regions in the world.

We experienced the power and utility of the global Anti-Apartheid Movement in Austria and all countries of the globe in contributing immeasurably to the dismantling of apartheid in South Africa and colonialism in Africa.

The current global environment needs a resurgence and revitalisation of international solidarity movements to take up the mantle of past movements, through advocacy campaigns fashioned to bring pressure to bear on governments, state and non-state actors and international stakeholders

to commit to addressing the core crises and threats facing the world today, through effective partnerships with civic organisations.

These efforts should not only be directed towards supporting post-apartheid South Africa in addressing its challenges of poverty, unemployment and structural inequalities that persist as part of the devastating legacy of apartheid.

Such efforts should be aligned towards supporting and campaigning on behalf of the Global South and Africa and focusing attention through national and international advocacy platforms and outreach initiatives, targeting political parties, parliamentarians, business, media, and other actors in the West.

Organisations such as SADOCC should serve as agents of change and agitate for a transformed multilateral system and global system of governance and bringing justice to the unresolved issues of Israel-Palestine, Western Sahara, and ending the unlawful and unilateral sanctions against Cuba, Iran, Venezuela, Syria, and Zimbabwe.

Against this backdrop, we would urge SADOCC and others to establish partnerships with the African Diaspora, national and pan-European civic organisations in Austria and other European capitals, as well as with the ANC and its alliance partners, the South African Communist Party (SACP), Congress of South African Trade Unions (COSATU) and the South African National Civic Organisation (SANCO).

The ruling ANC has recognised the need for work to be done in strengthening international solidarity and partnerships, reaffirming at its 55th National Conference held on December 2023, the need for active pur-

suit of "Progressive Internationalism in a changing world". It resolved to anchor this objective on the five pillars of building a Better Africa and World, inclusive of peacebuilding, post-conflict reconstruction and development; Solidarity and Campaigns; Party-to-Party, Intra-Party and Multilateral Relations; Transformation of Global Governance; and Policy Development respectively. Notably, it mandated the ANC International Relations sub-committee to implement its programme of action, aligning its work to the above five pillars continentally and globally, through the strengthening of party-to-party relations, peacebuilding, and participation in strategic forums and leading various solidarity campaigns.

By virtue of its reputation and standing, SADOCC is well positioned to influence opinion and policymaking in Austria on the need for the establishment of a vibrant and equitable partnership with South Africa, also within a broader framework of an enhanced EU-Africa Partnership. There should also be more visible advocacy for enhanced dialogue and partnership between the Global North and Global South.

We are appreciative of the valued partnership between SADOCC and the South African Government and believe that SADOCC will continue to serve as an important interlocutor on behalf of South Africa with Austrian decision-makers and influencers.

** The interview was done in writing with the responses by the Deputy Minister conveyed to INDABA on April 30, 2024. Later developments are therefore not reflected. We thank Ambassador Rapulane Molekane for his good offices in making the interview possible.*

Das Ende einer Ära

Wenig Begeisterung für das neue Samoa-Abkommen der EU

Was 1975 in Lomé begann und 2000 in Cotonou an die geänderten weltwirtschaftlichen Herausforderungen angepaßt wurde, hat nun sein natürliches Ende gefunden: die einzigartige Partnerschaft der EU mit der großen AKP-Staatenfamilie aus Afrika, der Karibik und dem Pazifik. Statt Entwicklungspolitik und Heranführung an die Weltwirtschaft stehen nun Migration, legale Migrationswege und Rückübernahme auf der Agenda des neuen Partnerschaftsabkommens.
 Von Stefan Brocza.

Am 15. November 2023 wurde in Apia, der Hauptstadt des süd-pazifischen Inselstaates Samoa, das neue Partnerschaftsabkommen der EU mit den sogenannten AKP-Staaten unterzeichnet. Es umfaßt insgesamt 106 Vertragsstaaten (27 EU-Mitglieder sowie 79 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks) und vereint damit fast zwei Milliarden Menschen auf vier Kontinenten. Es soll die in die Jahre gekommene entwicklungspolitische Kooperation in eine zeitgemäße Form überführen. Die EU-AKP-Kooperation stellt die weltweit größte vertraglich verbindliche Nord-Süd-Kooperation dar. Seit den 1970er Jahren versucht die EU mit einem ganzen Bündel an entwicklungspolitischen Maßnahmen – und unter Einsatz wirklich vieler Milliarden an Steuermitteln – die ehemaligen Kolonien der EU-Mitglieder (mit der Besonderheit, daß trotz Brexit die Nachfolgestaaten der britischen Kolonien in dieser EU-Kooperation verblieben) in die Weltwirtschaft zu integrieren und nachhaltige Entwicklung zu garantieren.

Am Beginn stand die Gewährung eines zoll- und kontingentfreien Zugangs von AKP-Waren nach Europa. Begleitet wurde dies von speziellen Stabilisierungsinstrumenten: STABEX diente dem Ausgleich von Unregelmäßigkeiten in den Exporteinkünften der AKP-Staaten. So ersetzte die EU dann, wenn die Einnahmen der AKP-Staaten aus ihren hauptsächlich landwirtschaftlichen Exportprodukten einen bestimmten Wert unterschritten, den finanziellen Verlust. Das somit garantierte Mindesteinkommen aus Exporteinnahmen sollte die AKP-Staaten zu langfristigen Planungen befähigen. Mit dem 1979 im Rahmen des Zweiten Lomé-Abkommens geschaffenen SYSMIN wurden Mittel zum Auf- und Ausbau der Förderkapazität bei solchen mineralischen Rohstoffen geschaffen, an deren langfristiger Versorgungssicherheit die EU-Staaten ein besonderes Interesse hatten (Bauxit, Aluminium, Eisenerz, Kobalt, Kupfer, Mangan, Phosphate, Zinn, Gold).

Die im Rahmen von SYSMIN zur Verfügung gestellten Mittel wurden als Darlehen zu Sonderkonditionen vergeben; ab dem Vierten Lomé-Abkommen 1989 erfolgte die Mittelgewährung in Form nicht-rückzahlbarer Zuschüsse an die jeweiligen Regierungen, die diese als Kredite an die betreffenden Minengesellschaften weitergeben konnten. Daneben gab es bei der Europäischen Investitionsbank auch einen speziellen, zinsgünstigen Kreditrahmen für den Ausbau des Bergbau- und Energiepotenzials der AKP-Staaten.

Zentrales Hilfsinstrument zur Finanzierung der EU-AKP-Beziehungen war der *Europäische Entwicklungsfonds* (EEF). Er finanzierte über die Jahrzehnte all die Projekte oder Programme, die zur wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Entwicklung der betreffenden Länder beitragen sollten. Die Schaffung eines Entwicklungsfonds war bereits in der Urfassung des EWG-Vertrages vorgese-

Erwartungen an EPAs enttäuschend



Unterzeichnungszereemonie in Apia

hen. Ab 1959 gab es den ersten EEF, seit 1964 war er an die sogenannten Yaunde-Abkommen, ab 1975 an die verschiedenen Lomé-Abkommen und seit 2000 an das Cotonou-Abkommen gebunden. Dotiert wurden diese Fonds durch Direktzahlungen der EU-Mitgliedstaaten. Dies führte zur Besonderheit, daß die Entwicklungsfonds nicht Teil des eigentlichen EU-Haushalts waren. 2020 endete der 11. und letzte so organisierte EEF. Seither ist die Finanzierung der entwicklungspolitischen Maßnahmen der EU in das EU-Gesamtbudget eingegliedert. Aufgrund der teilweise langen Projektlaufzeiten finden aber parallel noch immer Finanzierungen mit Mitteln aus den letzten Entwicklungsfonds statt.

Ende der privilegierten Partnerschaft

Die erste große Veränderung in den EU-AKP-Beziehungen erfolgte bereits 2000 durch den Abschluß des sogenannten Cotonou-Abkommens. Das neu geschaffene System der Welthandelsorganisation WTO machte es nötig, den handels-

politischen Teil der Lomé-Abkommen neu zu denken. Die einheitlichen WTO-Regeln erlaubten es nicht mehr, zeitlich unbegrenzt einseitige Handelspräferenzen zu gewähren. Die dafür notwendig gewordenen WTO-Ausnahmegenehmigungen („Waiver“) mußten gegen viel Geld in Genf beantragt werden. Langfristiges Ziel mußte es also werden, die EU-AKP-Beziehungen – unter Anwendung und Ausnutzung langer Übergangsfristen – WTO-konform zu machen. Ergebnis dieser Überlegungen waren die Schaffungen von sogenannten regionalen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (*Economic Partnership Agreements*, EPAs), also die Etablierung regionaler Freihandelsabkommen mit diversen Regionen innerhalb der AKP-Staaten. Die damit verbundenen hohen Erwartungen an eine rasche und nachhaltige Heranführung und Integration der AKP-Staaten in das Weltwirtschaftssystem wurden in den Folgejahren massiv enttäuscht. Sowohl die Schaffung von EPAs selbst wie auch deren inhalt-

liche Ausgestaltung blieb auf der Strecke.

Was also 1975 in Lomé begann und 2000 in Cotonou den weltwirtschaftlichen Bedingungen angepaßt wurde, kam jetzt in Samoa jedenfalls einmal zu einem Ende: der einzigartige Versuch der EU, mit all diesen Staaten eine privilegierte Partnerschaft auf Augenhöhe zu leben. Der *Europäische Entwicklungsfonds* (EEF) – immerhin das größte geografische Einzelinstrument der weltweiten Entwicklungszusammenarbeit (der aktuell 11. und letzte EEF ist mit über 30 Milliarden Euro dotiert) – ist Geschichte. Künftig erfolgt die Finanzierung über das allgemeine *Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit* (NDICI). Auch inhaltlich verschiebt sich die Schwerpunktsetzung. Waren in den Lomé-Abkommen noch klassische Entwicklungspolitik und unter Cotonou ab 2000 die Integration in die Weltwirtschaft zentrale Ziele, so spricht man nun von konkreten und rechtsverbindlichen Bestimmungen

zu Migration, legalen Migrationswegen und Rückübernahme. War bisher die Geschlossenheit der AKP-Gruppierung (79 Staaten als gemeinsamer Verhandlungsblock) eine besondere Stärke, so wird diese künftig geografisch aufgespalten: Es gibt nur noch einen gemeinsamen Grundlagenteil, in drei Regionalprotokollen soll den Besonderheiten Subsahara-Afrikas, der Karibik und des Pazifiks Rechnung getragen werden. Diese drei Regionalprotokolle werden über eigene Verwaltungsstrukturen verfügen, die u.a. auch eigene regionale Parlamentarische Versammlungen umfassen und die Steuerung der Beziehungen zwischen der EU und den einzelnen Regionen ermöglichen. Kritiker sehen darin eine Schwächung der bisherigen gemeinsamen Strukturen.

Um in Kraft zu treten, muß das Samoa-Abkommen auch noch von einer Mindestauswahl und -zahl der 106 Vertragsparteien geschlossen und in der Folge ratifiziert werden. Die dafür nötige Anzahl wurde in Samoa gerade so einmal erreicht. Überraschenderweise haben nämlich über 30 AKP-Staaten in Apia nicht unterschrieben. Auch dies wird als Ausdruck der Unzufriedenheit mit dem neuen Vertragswerk gewertet. Zwischenzeitlich haben die meisten Staaten die Unterzeichnung nachgeholt. Das Abkommen ist zum Jahresbeginn 2024 interimsmäßig in Kraft treten. Dies umfaßt aber nur jene Bereiche, für die eine unmittelbare EU-Zuständigkeit besteht. Ein idealer Start in neue Phase der Partnerschaft sieht jedenfalls anders aus.

Von der jahrzehntelangen Geschlossenheit der AKP-Staaten

– die neuerdings als OAKPS (*Organisation Afrikanischer-Karibischer-Pazifischer Staaten*) firmieren – ist wenig übrig. Das wirtschaftliche und politische Schwergewicht Südafrika hat die Gruppe vollständig verlassen und sieht sich in anderen politischen Kooperationsforen besser aufgehoben. Weder die entwicklungspolitischen Zielsetzungen und Vereinbarungen noch die weitere wirtschaftspolitische Entwicklung erfolgen unter dem Dach des auf 20 Jah-

ren angelegten Samoa-Abkommens. Ob politischer Dialog und das leidige Migrationsthema Begeisterung bei den AKP-Staaten für eine enge und unvergleichliche Kooperation mit der EU auslösen werden, ist mehr als fraglich. Vielleicht ist diese Form der Partnerschaft aber auch tatsächlich zu einem Ende gekommen. Stand am Anfang der EU-AKP-Beziehungen noch die Ausgestaltung des Umgangs mit seinen früheren Kolonien, so scheint es heute einfach der Versuch, mit einer zahlenmäßig großen, wirtschaftlich aber unbedeutenden Gruppe von Staaten partnerschaftlich verbunden politisch im Gespräch zu bleiben. Von der ehemaligen Verbundenheit und dem Gefühl der speziellen Verantwortung für die AKP-Staaten ist wenig bis nichts zu spüren. ■

Stefan Brocza ist Experte für Europarecht und internationale Beziehungen. Im Rahmen seiner Tätigkeit im EU-Ministerrat hat er u.a. die wirtschaftspolitischen Verhandlungen während des Post-Lomé-Prozesses betreut und an der Schaffung des Cotonou-Abkommens mitgewirkt. Er hat über Jahre an EU-AKP-Treffen auf allen politischen Ebenen teilgenommen (Ministerräte, parlamentarische Versammlungen, Botschafterausschüssen etc.).

Umschichtung von Süd zur Ost

Ausgelöst durch den russischen Krieg in der Ukraine habe sich der Schwerpunkt der Europäischen Union nach Osten verlagert. Dies habe starke Auswirkungen auf die Beziehungen der EU zu anderen Partnerländern, insbesondere im Globalen Süden.

Zu diesem Ergebnis kommt Amandine Sabourin vom *European Center for Development Policy Management* (ECDPM) in einem am 22. April veröffentlichten Kommentar. Dies äußere sich nicht nur in der Zuerkennung des Kandidatenstatus für Moldawien, die Ukraine und Georgien sowie den gestiegenen politischen Einfluß Polens und der baltischen Länder auf die EU-Kommission, sondern auch finanziell.

So seien seit dem Beginn des Kriegs in der Ukraine die Unterstützungsleistungen der EU und der einzelnen Mitgliedsstaaten für dieselbe auf fast 98 Mrd. Euro gestiegen, was in etwa dem gesamten Budget der EU für externe Aktivitäten (Entwicklungszusammenarbeit, Wirtschaftshilfe usw.) entspricht. Im Gegenzug sei seit 2022 ein Rückgang der an die OECD gemeldeten EZA-Leistungen zu bemerken. ■

Die Langfassung des Kommentars ist abrufbar von <https://ecdpm.org/work/attention-and-resources-going-east-whats-left-global-partnerships>.

Zur Erweiterung militärdiplomatischer Beziehungen Österreichs in Afrika

Im Hinblick auf die Sicherheitspolitik Europas und somit auch die Österreichs spielt der afrikanische Kontinent eine bedeutende Rolle. Aus diesem Bewußtsein heraus ist das Bundesministerium für Landesverteidigung (BMLV) zusammen mit anderen Ministerien bestrebt, einen ganzheitlichen Blick auf Afrika und seine Staaten zu richten.
Von Brigadier Dr. Nikolaus Rottenberger

dies bedingt, daß einzelne Komponente wie Frieden und Sicherheit, Humanitäre Hilfe sowie Entwicklungszusammenarbeit stets vernetzt betrachtet werden müssen. Nur so kann ein österreichischer Beitrag nachhaltige Ergebnisse für die Bedürfnisse afrikanischer Partnerländer und deren Bevölkerung bringen. Ziel des österreichischen Engagements ist nicht das Aufleben eines sogenannten „Euro-Kolonialismus“, sondern die Unterstützung bei der Entwicklung demokratisch legitimiert und rechtstaatlich ausgerichteter Sicherheitsstrukturen, u.a. durch Beratung und Ausbildung. Ein essentieller Bestandteil dabei ist, daß die Länder Afrikas die Möglichkeit haben, die Herausforderungen ihres Kontinents in eigener Verantwortung zu lösen.

Die bestehenden bilateralen militärdiplomatischen Beziehungen Österreichs zu einzelnen afrikanischen Staaten konzentrierten sich bis dato auf das nördliche und westliche Afrika sowie Teile des Ostens. Die Diversität Afrikas, die aktuellen geopolitischen Entwicklungen und die Vielzahl an externen Akteuren mit ihren individuellen Interessen machen es für Österreich unabdingbar, seine bereits bestehenden bilateralen Beziehungen weiter auszubauen. Aus diesem Grund hat das BMLV sich dazu entschieden, sein Verteidigungsattachénetz dahingehend zu erweitern.

Aktuell bestehen drei Verteidigungsattachébüros an den österreichischen Botschaften in Ägypten, Äthiopien und dem Senegal, ein beigeordneter Verteidigungsattaché arbeitet an der österreichischen Botschaft in Ghana.

Jeder dieser Verteidigungsattachés ist außerdem für weitere Länder zuständig und dort mitakkreditiert.

Somit bestehen militärdiplomatische Kontakte mit rund 20 afrikanischen Nationen. Der Erweiterungsprozeß hat zum Ziel die Kontakte zu Moçambique und Südafrika zu intensivieren. Im Zuge dessen wird der österreichische Verteidigungsattaché in Addis Abeba in diesen beiden Nationen mitakkreditiert und hat somit die Möglichkeit die militärdiplomatischen Beziehungen einzuleiten.

Moçambique ist seit 1992 ein Schwerpunktland der österreichischen EZA, wofür ein Koordinationsbüro der *Austrian Development Agency* (ADA) in Maputo unterhalten wird. Das Österreichische Bundesheer beteiligt sich mit 11 weiteren Nationen an der im Oktober 2021 gestarteten *Europäischen Trainingsmission Moçambique* (EUTM MOZ). Dabei umfaßt der militärische Beitrag Österreichs die Bereitstellung von Stabspersonal in beratender Tätigkeit.

Südafrika ist als Mitglied der BRICS, der G20, der AU und der SADC ein bedeutender internationaler Akteur und war seit dem Ende der Apartheid dreimal im VN-Sicherheitsrat. Südafrika ist Impulsgeber für die sicherheits- und verteidigungspolitische Entwicklung am gesamten Kontinent und war Mitinitiator und Truppensteller von UN-Friedensoperationen. Somit stellt es ein wichtiges Bindeglied zwischen globalem Süden und Norden dar. Die Stellung Afrikas im geopolitischen Kontext wird auch weiterhin die Aufmerksamkeit Österreichs und intensivierte bilaterale Kontakte erfordern.

Brigadier Dr. Nikolaus Rottenberger ist Leiter der Abteilung Militärdiplomatie im Bundesministerium für Landesverteidigung.

Objekte werden kultureller Besitz

Restitution und Wiederaneignung in Namibia

Die Ausstellung „Artistic Research and Communal Knowledge: Reconnecting with Returned Cultural Belongings (ARCK)“ ist das Ergebnis eines einjährigen Forschungsprozesses, der auf dem kollaborativen Forschungs- und Rückführungsprojekt „Confronting Colonial Pasts: Envisioning Creative Futures“ aufbaut und eng mit diesem verknüpft ist. Von Golda !Ha-Eiros und Ndeenda Shivute-Nakapunda.

Die Ausstellung, die am 11. April 2024 in der *National Art Gallery of Namibia* (NAGN) eröffnet wurde, zeigt die 23 Kulturgüter, die im Mai 2022 aus dem *Ethnologischen Museum Berlin* nach Namibia zurückgeführt wurden, sowie historische Gegenstände aus der anthropologischen Sammlung des *National Museum of Namibia* (NMN). Die Vorbereitungen dazu hatten mit einer Reise nach Okombahe begonnen, einer Siedlung in der Erongo-Region im östlichen Zentralnamibia. Hier kam ein Team von Künstler/inne/n, Forscher/inne/n und Kurator/inn/en zusammen, um Erkenntnisse über die 23 Kulturgüter auszutauschen. Dabei ging es unter anderem um die Rolle und die Repräsentationen, welche deren Herkunftsgemeinschaften im Kontext von Restitution und Repatriierung einnehmen sollten.

Daß afrikanische Entscheidungsfindung zirkulär ist, wurde daran deutlich, daß die Gruppe bald von einem Sitzungssaal unter den Schatten eines großen Baumes im Flußbett des Omaruru wechselte, wo die Erzählungen und Diskussionen nahtlos weitergingen. Dieser große Baum, gepaart mit dem Wind und den Ziegen, die auf

ihrem Weg zur Wasserstelle vorbeikamen, bot die perfekte Kulisse für ein Gespräch, bei dem sich Namibier/innen über kulturelles Erbe, Rückgabe und Rückführung sowie die Rolle der Museen und der Gesellschaft dabei austauschen konnten. Sein Schatten ließ einen *safe space* entstehen, in dem die Teilnehmer/innen frei und ohne Angst vor Kritik sprechen konnten. Die Gespräche drehten sich um die Herkunft des kulturellen Besitzes, die Sprachen, in denen die Gegenstände benannt werden, ihre Geräusche

Das Ausstellungsteam: Ndeenda Shivute-Nakapunda, Golda Ha-Eiros, Yvoone Lipenda (vordere Reihe); Muningandu Hoveka, Byron Van Wyk, Johanna Ndjamba (rückwärtige Reihe).





Eine Wissensbewahrerin:
Ouma Sophia Herero (Utuseb)

und ihre individuelle Verwendung. Auf diese Reise nach Okhombahe folgten mehrere kleinere Fahrten durch das ganze Land, um mit Bewahrer/innen des Wissens zusammenzutreffen, deren Stimmen und Erkenntnisse in der Ausstellung hervorgehoben und in den Vordergrund gerückt werden sollten.

da die Ausstellung zeitgenössische

Künstler/innen, Wissensbewahrer/innen und Kurator/inn/en aus namibischen Gesellschaften und Institutionen verbindet, wurde sie in mehrere thematische Abschnitte unterteilt. Damit sollten die Praktiken des Kuratorenteams, der Künstler/innen und der Forscher/innen in den Bereichen Geschichte, Archiv und künstlerische Forschung kontextualisiert werden. Wir kuratierten die Ausstellung aus einer Perspektive der Mobilität von Bevölkerung und kulturellem Besitz: Wie ist es für Namibier/innen bzw. Afrikaner/innen generell praktisch möglich, sich physisch auf dem Kontinent und international zu bewegen, um kulturelle Arbeit zu leisten? Hier geht es um Beschränkungen durch Visa, Grenzen usw., aber auch um die technischen Aspekte des Transports von Kulturgütern in die Heimat und die damit einhergehenden Schwierigkeiten. Repatriierung und Restitution werden noch herausfordernder, wenn die Herkunftsgemeinschaften nicht in der Lage sind, ohne umfangreiche Genehmigungen und Dokumente ins Ausland zu reisen, um ihr kulturelles Erbe in europäischen Museen zu sehen und zu identifizieren.

dieses und andere Probleme wurden von Künstlern thematisiert, die im Rahmen des Projekts mit Interventionen beauftragt wurden. Der Dichter und Schriftsteller Keith Vries zum Beispiel konzentriert sich in seinem Beitrag auf Erinnerungskultur bzw. die Wiederherstellung der Würde der Gesellschaften, die vom deutschen Völkermord von 1904 betroffen waren, insbesondere der Nama

(Khoe/Khoi). In seiner fiktiven Zeitung *The Genocide Times* kombiniert er Elemente, die mit dem Völkermord in Verbindung stehen, etwa die Tagebuchbriefe von Hendrik Witbooi und Zeugenaussagen von Überlebenden. Vries versucht, verlorene Geschichten wiederzufinden, während er gleichzeitig „Imaginationen“ von würdigeren und widerstandsfähigeren Versionen des Nama-Volkes vor und nach dem Völkermord entwirft.

In Vitjiva Ndijharines kreativem Prozeß wiederum gehen verschiedene Medien wie Malerei, Illustration, Collage, Design und Performance nahtlos in eine finale Videoinstallation über. *DeepDream Transmissions II* ist die Fortsetzung einer früheren Arbeit der Künstlerin. Diese folgt den faszinierenden und zum Nachdenken anregenden Erkundungen ihrer ersten DeepDream-Videoinstallation, die sich mit der Enteignung und Vertreibung von Menschen von ihrem Land auseinandersetzte. Die Triptychon-Installation in dieser Ausstellung setzt diese Überlegungen sowie fragmentarische Verbindungen von Blicken, Klängen und Texturen fort. Die Arbeit befaßt sich erneut mit der Verflechtung von kulturellem Erbe, Identität und unserer Verbindung zum Land. Diese Installationen wirken wie Brücken, die die Betrachterin bzw. den Betrachter mit der Kunst verbinden. Häufig tauchen in ihren Arbeiten gespiegelte Oberflächen auf, die die Betrachterin bzw. den Betrachter zu einem festen Bestandteil der Kunst selbst machen.

Die Installation von nesindano namise mit dem Titel *Abas Oms* ist eine eindrucksvolle und immersive Video- und Klanginstallation, die Besucher/innen in eine sehr fremd gewordene Heimat einlädt, einen metaphorischen und physischen Raum, der tief im Konzept von „kuru“ verwurzelt

Installation von nesindano namise





Symbolisierung des Genozids von Keith Vries



ist, einem Begriff in Khoekhoegowab, der sowohl „reparieren“ als auch „schaffen“ bedeutet. Diese Installation, die reich an kultureller Symbolik und historischen Schichten ist, erforscht Themen wie Erinnerung, Wiederherstellung und erzählerische Schöpfung in einer postdystopischen Welt, indem sie eine Heimat vorstellt, die über ihre physischen Grenzen hinausgewachsen ist und die Schichten von Erde und Generationen offenbart, die ihr Fundament bilden. Dieser Raum ist nicht nur eine Struktur, sondern ein Organismus, lebendig durch die Klänge der Rörcke aus Onyoka-Muscheln, die Geschichten über seine Erhaltung und die geflüsterten Stories, die ihn in einen afro-futuristischen Kontext gedeihen lassen.



Blick in die Ausstellung

für uns war das Kuratieren dieser Ausstellung eine fesselnde Reise durch die Zeit. „Jedes Stück erzählt eine Geschichte, die in den jeweiligen Gemeinschaften von Generation zu Generation weitergegeben wurde, und hebt so reiche Vielfalt des namibischen Kulturerbes hervor“, so Johanna Ndahekeleka Ndjamba vom National Museum of Namibia bei der Eröffnung. Dadurch ist die Ausstellung eine Einladung, sich mit der reichen Geschichte unserer Völker auseinanderzusetzen, die unter der Oberfläche eines jeden kulturellen Besitzums liegt. ARCK wird

so dem Auftrag der Nationalgalerie gerecht, lokale Kunst und Kunsthandwerk zu erforschen, zu sammeln und zu feiern. ARCK unterstreicht das Potential der Galerie, Einheimische und Besucher/innen in diese Würdigung unseres kulturellen Erbes und unserer menschlichen Verbundenheit einzubeziehen. Wir hoffen, daß diese Ausstellung Namibier/innen einen Dialog eröffnen kann, der es ermöglicht, die Erforschung der 23 Kulturgüter und des Themas der Rückgabe voranzutreiben. Die Podiumsdiskussion über Praktiken und Systeme, die nach der Restitution bestehen, hinterließ den Eindruck, daß es Bedarf an mehr Gespräch und Engagement zu diesen Themen gibt.



Golda !Ha-Eiros ist Senior Curator des Museum of Namibia in Windhoek und verantwortlich für dessen Anthropologische Sammlung. 2022/23 gehörte sie dem Beratungsgremium der österreichischen Regierung zur Ausarbeitung einer Restitutionspolitik für Museumsobjekte aus kolonialem Kontext an (INDABA 119/23).

Ndeenda Shivute-Nakapunda ist Chefkuratorin der National Art Gallery of Namibia, ebenfalls in Windhoek, und hat zahlreiche Ausstellungen im In- und Ausland gestaltet. Die Öffnung von Museen für die lokale Gesellschaft und vor allem die Jugend ist ihr ein besonderes Anliegen. Beide Autorinnen sind gemeinsam für das Projekt „Confronting Colonial Pasts; Envisioning Creative Futures“ verantwortlich. Übersetzung des Beitrags: Janina Hubmann.

Dust on the Wind

Margaret Courtney-Clarke in Linz

Die aktuelle Ausstellung im Francisco Carolinum zeigt Fotografien der in Namibia geborenen Künstlerin aus mehr als 40 Jahren Arbeit. Jede einzelne ist einen Besuch wert, meint Maria Kirchner.

Gemütliche Ecke im Hotel Wolfinger, Linz. Gleich stehen drei Kaffees und Marmorgugelhupf samt einer Flasche Mineralwasser am Tisch. Was für eine wertschätzende Geste des Hauses! Osterwoche, Dienstag, später Vormittag. Gleich werden Margaret Courtney-Clarke und ihre Kuratorin Virginia MacKenny neben mir auf dem Sofa Platz nehmen. Was für ein Glück, daß sich die beiden noch Zeit für ein Gespräch mit mir nehmen!

„I was born in Namibia and was raised there as a child, and I had a rather unusual upbringing. I was raised with the Bushmen, the San. They were my playmates. I learnt to hunt, to dig for water and I learnt the art of storytelling. Bushmen are wonderful in storytelling.”

Margaret beginnt sofort mit ihren Informationen, sie habe keine Zeit mehr zu verlieren, es ist schon so viel verloren gegangen. In kurzen Hapen berichtet sie über ihre bisherigen Arbeiten, Orte und Abschnitte: ihre Kindheit unter den San, der Schulschock, das Zeichentalent, die Entfremdung von zu Hause, die Ausbildung, die ersten Arbeiten im District Six, die *persona non grata* während der Apartheid in Südafrika und das Finden des sogenannten *storytellings* in der Fotografie.

All das hat mich schon enorm beeindruckt, nachdem ich zwei Tage zuvor bei ihrer persönlichen Führung mit ihrer Freundin und Kuratorin im Franciscum Carolinum anwesend war. Aber jetzt beginnt Margaret erst von ihren Reisen zu erzählen: über 40 Jahre lang lebte sie in Rom und New York, dazwischen trampelte sie durch Nord-, West- und Südafrika, um die Trilogie der Kunst der Frauen zu dokumentieren, verlegte ein Buch nach dem anderen, begründete die *Ndebele Foundation* und arbeitete oft mit Maya Angelou zusammen.

*„After 2010 I returned to the country
and I needed to travel across the land.
I wanted to see it as an adult.”*

Ein Ergebnis von vielen Fotoserien ist die Serie „Caged“. Schlicht, hart, symbolisch. Käfige, die von namibischen Institutionen oder von den Bewohnern errichtet werden, zeigen Geschütztes, Eingesperstes und die Überwachung von Trockenökosystemen, Wüstenbildung und Wassergewinnung in der Namib-Wüste. Margaret hält unendlich viele Beziehungen zu Menschen der Namib und Kalahari aufrecht, das Fotografieren ist nur





ein beifälliges Produkt ihrer Beziehung und ihrem sozialen Engagement. Es gibt unzählige Gespräche über alles, was ihr Leben bewegt. „Viele wollen unbedingt fotografiert werden, viele betteln direkt darum“, erwähnt Margaret, „jeder soll sehen, wie es ist, in sieben Jahren Dürre zu (über)leben.“ Somit gewähren die Fotos nicht nur Zugang zu intimen Portraits, sondern auch zu den sozial wichtigen Gerechtigkeitsthemen: anhaltende Dürren, Klimawandel, Umweltzerstörung und die Auswirkungen der mineralgewinnenden Industrie in einem ressourcenreichen, aber wasserarmen Land.

Margaret setzt sich beharrlich für das Vernachlässigte, das Übersehene ein. Einfallsreich, pragmatisch, poetisch, genialer Bildaufbau, Klänge von Farben – sie inspiriert unser Sehen und Denken.



Ihre Freundin und Kuratorin Virginia MacKenny sitzt die ganze Zeit neben ihr. Oftmals nickt sie, ganz selten kommt ein Wort über ihre Lippen, obwohl auch sie für mich eine Persönlichkeit ist, mit der man stundenlang reden möchte. Bei diesem Gespräch ist ihre Freundin Margaret im Fokus – das spüre ich. Gut, daß ich am Samstag zuvor mit Virginia etwas länger sprechen konnte. Sie malt Landschaften – sucht das Außergewöhnliche im Alltäglichen. Ihren Zugang als Kuratorin entdeckte ich erst später. Sie hat ihren Bachelor of Fine Arts an der *University of Natal* und ihren Master in Gender Studies an der *University of Kwazulu-Natal* in Durban gemacht. Derzeit arbeitet sie als Professorin für Bildende Kunst an der Universität in Kapstadt. Viel zu lange hätte sie als Südafrikanerin Namibia nicht besucht, jetzt ist sie jedes Mal dort tiefer verwurzelt – und die Freundschaft zu Margaret vertieft sich genauso.

„Es ist so grün hier, überall, überall wohin man sieht. Gut, daß es regnet.“ So beschließen die beiden Frauen diese Unterredung – sieben Jahre lang hätten viele in Namibia darauf gewartet.

MARGARET COURTNEY-CLARKE

Dust on the Wind / 22. 3. – 28. 7. 24

Francisco Carolinum Linz / UNESCO City of Media Arts

<http://margaret-courtney-cl Clarke.com/www.arthotspot.>

absa.africa/meet-the-artists-virginia-mackenny

Südafrika-Solidarität in Österreich

Im Verlauf der Festveranstaltung am 30. April im Weltmuseum Wien präsentierten wir die neueste SADOCC-Buchveröffentlichung. Der Salzburger Historiker Johannes Dafinger stellt sie im Folgenden vor.

Bernhard Bouzek, (Hg.), **Free Nelson Mandela! Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich – Festschrift für Walter Sauer zum 70. Geburtstag**, Wien 2024 (Studien zum Südlichen Afrika 15), ISBN 978-3-200-09698-1, 102 Seiten.

Der 15. Band der SADOCC-Reihe „Studien zum Südlichen Afrika“ wird sicherlich einen ganz besonderen Platz in der Bibliothek der SADOCC und in den Bücherregalen seiner Mitglieder einnehmen. Denn er ist erstens eine Festschrift anlässlich des 70. Geburtstages von Walter Sauer; geehrt wird damit also der seit der Gründung des SADOCC im Jahr 1993 amtierende Vorsitzende. Zweitens stellt er – erschienen genau 30 Jahre nach den ersten allgemeinen, freien und gleichen Wahlen in Südafrika – die erste umfassende Geschichte des Vereins *Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich* (AAB) dar. Unser Wissen zur AAB speiste sich bisher fast ausschließlich aus Aufsätzen des Historikers Sauer, der sich in der AAB bereits kurz nach deren Gründung im Jahr 1976 engagierte und deren Vorsitzender er von 1988 bis 1993 war. Einer dieser Aufsätze ist in erweiterter Form in der vorliegenden Publikation abgedruckt, die vom Schriftführer der SADOCC, Bernhard Bouzek, unter Mitarbeit von Susanne Dechant, Janna Hubmann, Gerhard Plasser, Birgit



Reiter und Manfred Sauer herausgegeben wurde. Der Beitrag bietet einen guten Überblick über die österreichische Solidarität mit den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika, die sich etwa in Informationsarbeit, Spendenaktionen sowie Kampagnen, die zum Boykott und zur Sanktionierung des Apartheid-Regimes aufriefen, äußerte.

Zahlreiche Aspekte dieser Geschichte werden von den über 20 weiteren, kompakten Beiträgen vertieft. Sie stammen so gut wie alle aus der Feder ehemaliger Aktivistinnen und

Aktivist:innen der AAB, die sich, gestützt auf zeitgenössische Dokumente, an ihre eigenen Erlebnisse erinnern. Dadurch entsteht insbesondere ein facettenreiches Bild von der Tätigkeit der Regionalgruppen in Wien, Oberösterreich, Salzburg, Tirol, Vorarlberg und in der Steiermark. Die AAB verfolgte das Ziel, zur Überwindung des Systems der Apartheid in Südafrika und Namibia beizutragen. Damit verschränkt, aber in den Beiträgen auch deutlich als eigenständiges Anliegen zu erkennen, war die Intention, in Österreich ein kritisches gesellschaftliches Bewußtsein gegenüber rassistischen Denkfiguren, Handlungen und Strukturen zu befördern. Die

Beiträge zeigen, aus wie vielen gesellschaftlichen Bereichen – von der katholischen Kirche über Dritte-Welt-Initiativen bis zu KPÖ-nahen Gruppen – Unterstützung für die AAB kam. Mehrere Beiträge, darunter auch der von Gregor Dohle, der als einziger der Autor/inn/en keine persönlich-biographischen Bezüge zur AAB hat, gehen aber auch auf die Widerstände etwa aus dem Umfeld der *Österreichisch-Südafrikanischen Clubs* ein, gegen die die AAB ankämpfte. Zur frühen Phase der AAB – vor der Errichtung der Regionalgruppen – sind der Bei-

trag von Adalbert Krims, der den Verein im Juli 1976 bei den Behörden angemeldet hatte, sowie ein Interview mit dem ersten Vorsitzenden der AAB, Peter Fleissner, erhellend. Ergänzt werden diese Beiträge durch fast sechzig Abbildungen (Fotos, Plakate, Presseauschnitte, etc.) sowie durch einige Wiederabdrucke von im Informationsbulletin der AAB erschienenen Texten.

Die zukünftige Forschung zur Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich, die in den zahlreichen neueren Arbeiten zur Historie der (transnationalen) Anti-Apartheid-Bewegung bisher wenig Aufmerksamkeit gefunden hat, kann aus dieser Publikation äußerst wertvolle Anregungen ziehen. Der Band verzichtet zwar auf einen wissenschaftlichen Anmerkungsapparat, sticht aber durch den Abdruck unersetzlicher persönlicher Erinnerungen sowie die zahlreichen farbigen Quellenabbildungen hervor. Ein sachlicher historischer Blick auf die Anti-Apartheid-Bewegung, ihre Ziele und ihre Bedeutung ist gerade in einer Zeit der enthistorisierenden, instrumentellen Verwendung des Apartheid-Begriffs in politischen Debatten unserer Gegenwart von allergrößtem Nutzen.

PS: Das Buch ist zum Preis von 20 Euro bei SADOCC (Selbstabholung während der Bürozeiten bzw. plus 3 Euro Porto bei Versand. Kontakt: office@sadocc.at) oder über den Buchhandel erhältlich.

Katja Lembke (Hg.), **Die Haifischinsel. Das erste deutsche Konzentrationslager** (Oppenheim am Rhein, Nünnerich-Asmus Verlag & Media, 2023). 96 Seiten, reich illustriert.

Das Konzentrationslager auf der Haifischinsel vor Lüderitz in Namibia,

der ehemaligen Kolonie Deutsch-Südwestafrika, existierte von 1905 bis 1907, ist jedoch seither in Vergessenheit geraten. Tausende Einheimische starben dort unter lebensfeindlichen Bedingungen. In Lüderitz gab es lange Zeit weder eine Gedenkstätte noch einen Hinweis auf das Lager, abgesehen von einem Denkmal für den Nama-Kapitän Cornelius Fredericks, der hier 1907 mit zahlreichen Mitgliedern seiner Familie starb. Heute befindet sich auf dem Gelände ein Campingplatz. Auch in Europa sind die kolonialen Konzentrationslager nur wenigen bekannt. Kaum jemand wußte, welche Bedingungen hier herrschten, bis der 2023 veröffentlichte Film „Der vermessene Mensch“ von Lars Kraume ein Schlaglicht auf diese Geschichte geworfen hat.

2019 wurde die Insel zur *National Heritage Site of Namibia* erklärt. Doch erst am 22. April 2023 wurde auf ihr ein Denkmal eingeweiht, das an die vielen Toten auf Seiten der Nama und der Herero erinnert (INDABA 118/23). Ein Kooperationsprojekt des Landesmuseums Hannover und des Instituts für Geowissenschaften der Universität Kiel hatte zum Ziel, an dieses „traurige Fiasko“ (Jonas Kreienbaum) zu erinnern. Neben der Sammlung von Fotos und anderem Archivmaterial wurde das Gelände mit archäologischen Prospektionsmethoden vermessen. Es ist das erste Mal, daß solche Techniken in einem namibischen Konzentrationslager angewandt wurden. Mit ihrer Hilfe konnte eine detaillierte Karte des Lagers erstellt werden, welche die schriftlichen Quellen bestätigt und ergänzt. Auf Basis der vorhandenen Quellen und des archäologischen Befunds spürt Katja Lembke der Geschichte des Lagers und seiner Gefangenen detailliert und

sensibel nach. Ihr Fazit: „Die Nazis haben das ‚KZ‘ nicht erfunden, aber sie haben es in perfider Art perfektioniert [...] Die Haifischinsel war nicht Auschwitz, aber sie war ein Schritt auf dem Weg dorthin.“ (S. 89).



Abraham Melzer (Hg.), **Klage Südafrikas gegen den Staat Israel**. Mit einem Vorwort von Norman Paech (Eigenverlag, 2024). 469 S. ISBN 978-3-7583-7557-6.

Dieser nützliche Band dokumentiert in deutscher Sprache die Völkermord-Klage Südafrikas beim Internationalen Gerichtshof gegen Israel sowie die daran anschließenden Verfahren und Entscheidungen des IGH bis Ende Februar 2024. Auch wenn der renommierte Völkerrechtler Norman Paech in seinem Vorwort die Erfolgsaussichten der Klage skeptisch einschätzt, kommt er doch zu dem Ergebnis, „dass, wie auch immer das Urteil über den Vorwurf des Völkermords aussehen wird, der Frieden zwischen den Völkern nur durch die Beendigung der Besatzung, den Rückzug der israelischen Armee und der Siedler, die nicht in einem palästinensischen Staat leben wollen, und die Anerkennung eines palästinensischen Staates in klar definierten und gesicherten Grenzen erreicht werden kann. Wenn der IGH [...] diesem Ziel den Weg gebahnt hat, gebührt der Dank der Regierung Südafrikas, die mit ihrer Klage den Internationalen Gerichtshof eingeschaltet hat.“ (25).

Wolfgang Palaver, **Für den Frieden kämpfen. In Zeiten des Krieges von Gandhi und Mandela lernen** (Innsbruck-Wien, Tyrolia Verlag, 2023). 144 S. ISBN 978-3-7022-4170-7, auch als e-Book erhältlich.

Der Autor Univ. Prof. Wolfgang Palaver, Politikwissenschaftler und Religionspädagoge, ist Präsident von *Pax Christi Österreich*. In seiner Forschung zu Gewalt und Religion befaßte er sich intensiv mit der Lehre von Mahatma Gandhi, was ihn – durch Gandhis Südafrikaaufenthalt – auch zu Nelson Mandela führte. In diesen beiden Personen fand er Ähnlichkeiten, die sich in ihrer Einstellung zur Gewalt(-freiheit) widerspiegeln.

Palaver skizziert Weltlage, Friedensakteure und Konzepte. Er stellt Gandhi und Mandela in ihrer Entwicklung vor. Für beide spielen ihre Religion und die Bereitschaft zur Toleranz eine Rolle. Gandhi sieht Gewaltfreiheit als spirituelles Konzept, Mandela hat einen pragmatischen Zugang, ob damit ein Ziel erreicht wird. Beiden ist klar, daß es auch Situationen geben kann, wo Gewalt eingesetzt wird. In seiner Perspektive für ein neues Südafrika war für Mandela klar, daß Rache und Gewalt mit Gewalt zu beantworten, nur zur Entmenslichung auch der Unterdrückten führt.

Mit der Wahrheits- und Versöhnungskommission wurde erfolgreich ein alternativer Weg gewählt. Kirchen und Gesellschaft seien hier für das Ausüben des Friedenshandwerks gefragt. Friede beginne im eigene Haus, dürfe dort aber nicht enden, so Palaver. Das Buch ist ein wichtiger Beitrag in einer an Friedensstimmen armen Zeit. Ein Personen- und Quellenregister ergänzen den Band.

Manfred Sauer

... sadocc news ...

30 Jahre Südafrika – Nelson Mandela und sein Vermächtnis.

Gemeinsam mit dem Weltmuseum Wien und der südafrikanischen Botschaft feierte SADOCC am 30. April 2024 das dreißigjährige

Linz) teilnehmen, kompetent moderiert von Edith Mychalewicz (SADOCC). Vertiefend gestalteten Marcus Neustetter einen Workshop zur südafrikanischen Kunst seit 1994 und Werner Zips über die südafrikanische Artenschutzpolitik.

Anschließend präsentierte Bern-



Während der Buchpräsentation (auf dem Podium v. l. n. r.: Anna Mayer, Inge Jäger, Johannes Dafinger, Bernhard Bouzek)

Jubiläum der ersten freien Parlamentswahlen in Südafrika und der Amtsübernahme Nelson Mandelas. Die Veranstaltung war in drei Teilen konzipiert. Den Nachmittag füllte eine Podiums- und Publikumsdiskussion über „South Africa 1994–2024: What has changed? What has not changed?“ aus, an der Nkosinathi Dlamini (Univ. Wien), Larissa Houston (Univ. Graz), Walter Sauer (Univ. Wien) und Veronika Wittmann (Univ.

Botschafter Molekane und Direktor Fine



hard Bouzek das neue Buch der Elfriede Pekny-Gesellschaft, „Geschichte der Anti-Apartheid-Bewegung in Österreich“ (vgl. S. 22). Dazu diskutierten Anna Hable-Mayer (ehemalige Aktivistin), Johannes Dafinger (Historiker, Univ. Salzburg) sowie die ehemalige entwicklungspolitische Sprecherin der SPÖ, Inge Jäger.

Nach Begrüßungen durch Jonathan Fine, den Direktor des Weltmuseums, Botschafter Rapulane Molekane und Birgit Reiter von SADOCC folgte am Abend der Festvortrag von Walter Suntinger (Univ. für angewandte Kunst Wien) über „Menschenrechtliche Lehren aus der Transformation Südafrikas“.

Mit Wein und Snacks klang die gut besuchte Veranstaltung aus.

NELSON-MANDELA-TAG

Kulturwanderung
18. Juli 2024

Start 17:00 Uhr:
Wangari-Maathai-Platz
(1220 Wien)

Ziel 19:00 Uhr:
Maria-Tusch-Straße 2/1
(1220 Wien)

STATION 1 - Feierliche Eröffnung

Wangari-Maathai-Platz, 17:00 Uhr (U2-Station Seestadt)

STATION 2 - Buchvorstellung „Für den Frieden kämpfen“ (Wolfgang Palaver)

Buchhandlung Seeseiten, 17:30 Uhr

STATION 3 - Musik von Jennifer Muhozi

Am Seepark, 18:00 Uhr

STATION 4 - Ein Denkmal für Nelson Mandela

Hermine-Dasovsky-Platz, 18:30 Uhr

STATION 5 - Gespräch mit Regina Strassegger (eh. ORF) und Botschafter SA Rapulane Molekane

Maria-Tusch-Straße 2/1, 19:00 Uhr

AUSKLANG im Yella Yella

mit Saxophonist Allan Landgraf, Maria-Tusch-Straße 2/1

do:now • do:now • do:now •

1220
do:now
stadt
kultur

Seeseiten
• BUCHHANDLUNG •

Yella Yella!
Nachbar_innentreff
1220 Wien - Seestadt, Maria-Tusch-Straße 2/1



wien3420
aspersn development AG

Donaustadt

Österreichische Post AG
PZ 22Z042795 P
SADOCC, Favoritenstraße 38/18/1, 1040 Wien

Retouren an A-1040 Wien, Favoritenstraße 38/18/1



IMPULSTANZ

Vienna International Dance Festival

11.7. –
11.8.
2024

Mit Performances, Workshops &
Tanzfilmen von
Dada Masilo, William Kentridge,
Soa Ratsifandihana,
Nora Chipaumire, Gregory Maqoma,
Alleyne Dance,
Futurelove Sibanda und vielen mehr



Kultur

Bundesministerium
Kunst, Kultur,
öffentlicher Dienst und Sport



Co-funded by
the European Union

Dada Masilo / The Dance Factory
Dada Masilo's HAMLET © Lauge Sorensen